

Arme Kinder im Sozialstaat?! Wege aus der Kinder- und Jugendarmut

(Politische) Konzepte zwischen Anspruch und Wirklichkeit (Ev. Akademie Meißen, 11.-12. Juni 2012)

Vortrag: Prof. Dr. Margherita Zander

Warum bewegt sich nur so wenig?! Ein Blick auf die Entwicklung von Kinder- und Jugendarmut als Folge politischer Entscheidungen

*„Kindheit in Deutschland findet (...) unter ungleichen Bedingungen statt. In vielen Bereichen gibt es eine erschreckend große Kluft zwischen den Lebensbedingungen der Mehrheit und einer Minderheit (...) etwa 20% nimmt (...) entweder die vorhandene Armut ihres Elternhauses als persönliche Ausgrenzung wahr oder fühlt sich vernachlässigt und nicht hinreichend von den Eltern unterstützt.“
(2. World Vision Kinderstudie 2010, 349)*

So lautet das Fazit der neuesten „World Vision Kinderstudie“ von 2010: Kinder in Deutschland leben ihr zu Folge in einer sozial gespaltenen „Vier-Fünftel-Gesellschaft.“ Diese Studie „baut auf einer repräsentativen Befragung von 2500 Kindern im Alter von 6 bis 11 Jahren auf. Zusätzlich wurden auch die Eltern dieser Kinder befragt.“ (S. 14) Dabei kommt sie zu dem mehr als besorgniserregenden Ergebnis, dass für ein Fünftel unserer Kinder ausgerechnet die wichtigsten Entwicklungsmöglichkeiten deutlich beschnitten sind. Gerade weil diese Kinder „in einer saturierten Gesellschaft aufwachsen“, erfahren sie umso schmerzhafter, wie sehr sie in ihrem Alltag nicht nur materiell, sondern auch sozial schlechter gestellt sind. Es ist diese *Kinderperspektive*, ihre eigene Wahrnehmung, aus der heraus auch ich hier argumentieren will und die für mich in meiner eigenen Kinderarmutsforschung richtungsweisend war.

Seit mehr als 15 Jahren ist Kinderarmut mein Forschungsschwerpunkt und wichtigstes Thema meiner Publikationstätigkeit. Mein Motiv dafür – das will ich nicht verheimlichen – ist auch ein autobiografisches: Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie sich Armut und soziale Ausgrenzung als Kind in einer Wohlstandsgesellschaft anfühlen. In erster Linie hat mich jedoch in all den Jahren ein *forschungspolitisches Ziel* bewegt – ich möchte, dass sich etwas ändert! „Kinderarmut in einer reichen Gesellschaft“ ist ein gravierender Verstoß gegen die in der UN-Kinderrechts-Konvention verbrieften Rechte, die übrigens im GG zu verankern wä-

ren. In diesem Punkt weiß ich mich voll und ganz mit den Kinderrechtsinitiativen in diesem Land einig.

Deswegen bedanke ich mich ausdrücklich für die Einladung der Evangelischen Akademie Meißen, die mir Gelegenheit bietet, mit diesem Impulsreferat leitende Anregungen für die Diskussion auf dieser Fachtagung zu geben. An welchem Punkt stehen wir? Hat sich seit dem Start der öffentlichen Debatte über Kinderarmut in Deutschland (1998) tatsächlich auch politisch etwas bewegt? Anders: Warum hat sich für die betroffenen Kinder und Familien nur so wenig – zu wenig – bewegt?

Drei Aspekte werde ich genauer unter die Lupe nehmen:

- Armutsverständnis im öffentlicher Diskurs
- Ausmaß, Ursachen und Erscheinungsformen von Kinder- und Familienarmut
- politische Konzepte zur Armutsbekämpfung und Rolle der Sozialen Arbeit.

1. Armutsverständnis in Fachdiskussion und Politik

„Keiner war arm wie ich...Ich zeigte es nicht, aber ich litt natürlich darunter, ständiges Verwischen und Verleugnen der eigenen Armut in der Kindheit und Jugend bedeutet fortwährende unausgesetzte Verkrampfung, ein Zustand der wirklichen Kontakt mit anderen nicht gestattete.“ (Thomas Bernhard, Die Ursache, S.)

Dieses Zitat stammt von *Thomas Bernhard*, dem bekannten österreichischen Schriftsteller und Dramenschreiber, der seine schmerzhaften Kindheits- und Jugenderlebnisse in verschiedenen autobiografischen Schriften ungewöhnlich persönlich verarbeitet hat. Dabei kommen auch viele andere belastende Erlebnisse in seiner Kindheit zur Sprache, aber eben auch dieses armutsbedingte Ausgegrenzt-Sein und die damit verbundene Außenseiterposition, weil man mit den anderen Gleichaltrigen nicht mithalten kann. Noch krasser hat *Albert Camus*, *französischer Schriftsteller und Existenzialist*, seine Armutserfahrung als Kind bildhaft zum Ausdruck gebracht: Not und Armut, „*Elend ist wie eine Festung ohne Zugbrücke*“, man könnte – um im Bild zu bleiben – hinzufügen, es sei denn, ein Zugang wird von jemand anderem gebaut oder die Eingeschlossenen können aus eigener Kraft die Mittel aufbringen, den Burggraben mit einer Konstruktion zu überbrücken. Um das Zitat richtig einordnen zu können, sollte man wissen, dass Camus als Halbweise in einem Armenviertel von Algier aufgewachsen ist, in einem Milieu von Ausgegrenzten. Er hatte es nur der besonderen Förderung durch einen ihm sehr zugewandten Lehrer zu verdanken, dass er den Sprung aufs Gymnasium geschafft und damit seinen Weg aus der Armut herausgefunden hat.

Ich erwähne diese beiden Beispiele, weil ich soeben in Münster meine Abschiedsvorlesung zu „Kinderarmut und Resilienz in literarischen Biografien“ gehalten habe und noch etwas unter diesem Eindruck stehe. Aber kehren wir zu unserem heutigen Thema und damit zur Frage zurück, was sich in den letzten Jahren am Armutsverständnis in der Fachwelt und an der öffentlichen Sicht von Armut geändert hat? Hat sich was geändert?

Nehmen wir das *Jahr 1998*, die *Veröffentlichung des 10. Kinder- und Jugendberichts* zum Ausgangspunkt! In diesem Bericht hat die zuständige Sachverständigenkommission – erstmals in einem regierungsamtlichen Dokument – darauf hingewiesen, dass Kinderarmut in der Bundesrepublik ein gravierendes Problem darstellt, das auch quantitativ ein erhebliches Ausmaß angenommen hat. Dabei hat sich die Kommission in ihrem Bericht – wie in Fachkreisen und auf EU-Ebene damals üblich – auf eine relative Armutsschwelle von 50% des durchschnittlichen Netto-Einkommens bezogen. Die damalige Bundesregierung, vertreten durch die Familienministerin Claudia Nolte (CDU), hat den Bericht zunächst „verärgert“ zurückgehalten, als sich dessen Veröffentlichung dann aber nicht mehr verhindern ließ, reagierte sie mit einer scharfen inhaltlichen Kritik an der Darstellung der Sachverständigen und einer Umdefinition dessen, was man unter Armut zu verstehen habe. Von Regierungsseite wurde die Position vertreten, *dass es nicht zulässig sei, Familien, die im Sozialhilfebezug lebten, als „arm“ zu bezeichnen*. Die Sozialhilfe garantiere mit ihren Leistungen – so die Argumentation – das sozio-kulturelle Existenzminimum; wer also im Leistungsbezug sei, könne nicht „arm“ sein. Auf diese Weise wurde „Kinderarmut“ als gesellschaftliches Problem schlicht wegdefiniert.

Seitdem hat sich eine *sehr ausdifferenzierte fachliche und politische Diskussion zu Armutsschwellen* und zu unterschiedlichen *Armutsverständnissen* entwickelt. Wenn es darum geht, das Ausmaß von Armut quantitativ zu messen, wird nach wie vor – weil anders kaum machbar – das Einkommensniveau von Einzelpersonen oder bei Familien das gewichtete Haushaltseinkommen zu Grunde gelegt. Nun möchte ich hier keineswegs auf die vielfältigen Schwierigkeiten und *Unwägbarkeiten* eingehen, die sich bei der *statistischen Erhebung* zum zahlenmäßigen Ausmaß von Kinderarmut ergeben können, vielmehr nur auf jene Aspekte abheben, die mir politisch relevant erscheinen: Heute legt man als *Armutsschwelle teils das Grundsicherungs-, Sozialgeld- oder Sozialhilfeniveau* zugrunde), teils wird als *Armutsschwelle ein relatives Einkommensniveau* – von 50 oder 60% des durchschnittlichen Nettoeinkommens – genommen. Das relative Einkommensniveau gilt auf europäischer Ebene als adäquate Messzahl, weil damit internationale Vergleichbarkeit hergestellt werden kann. Mit Blick auf die *internationale Armutsdebatte hat die 60%-Schwelle* – als Indikator für eine

Armutsgefährdung – auch Eingang in die offizielle Berichterstattung in der Bundesrepublik gefunden (siehe Kinderarmutsdossier der Bundesregierung von 2008). Aber wohl gemerkt, damit bezeichnet man lediglich eine *Armutsgefährdung*, spricht also noch nicht von Armut. Und nun kommt die Probe aufs Exempel: Was versteht die derzeitige Mehrheitsfraktion der Bundesregierung unter Armut? Nimmt man etwa den Antrag „*Faire Chancen für alle Kinder*“ (2010), den Familienministerin Kristina Schröder ihrer Partei zur Verabschiedung vorgelegt hat, kann man einiges zwischen den Zeilen herauslesen. Da heißt es wohl:

„In Deutschland gelten 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren als relativ arm. Das bedeutet: Rund 18 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben – gemessen am durchschnittlichen Haushaltseinkommen – in relativ armen Haushalten. Betroffen sind vor allem Kinder von Alleinerziehenden, Großfamilien und Kinder in Familien mit Zuwanderungsgeschichte.“

Aber schon im nächsten Passus wird korrigierend hinzugefügt:

„Staatliche Geldleistungen sichern in den allermeisten Fällen die Lebensgrundlage. Von der CDU-geführten Bundesregierung wurde ein Bündel an gezielten Maßnahmen entwickelt, das Familien und Kinder vor Armut schützt. Dieses besteht aus gezielten finanziellen Hilfen, mehr Familienorientierung in der Arbeitswelt sowie dem planmäßigen Ausbau der Kinderbetreuung und -förderung bis 2013.“

Dieser Passus beinhaltet meines Erachtens zwei Botschaften, die eine: *Ja, es gibt in Deutschland relative Kinderarmut* – und sie auszuweisen ist man mittlerweile im Rahmen der EU-Berichterstattung verpflichtet (National Coalition) – und die andere: *Aber wirklich arm sind die allermeisten Kinder und Familien nicht*, denn „staatliche Geldleistungen“ sichern die Lebensgrundlagen und gezielte Maßnahmen der Regierung schützen Kinder und Familien vor Armut. Mit anderen Worten: Wir haben mittlerweile *einen anderen Umgang mit Zahlen* – die Existenz von relativer Armut wird offengelegt, aber gleichzeitig haben wir *einen wenig veränderten Umgang mit den Fakten*, da regierungsamtlich die Position vorherrscht: *Wirklich arm sind nur die wenigsten!* Da sich in der Politik der Handlungsbedarf nicht nur an der Existenz von Problemen orientiert, vielmehr auch das quantitative Ausmaß entscheidend ist, kann daraus gefolgert werden: Wenn wirklich arm nur die wenigsten sind, gibt es auch *keinen allzu dringlichen Handlungsdruck*. Jedenfalls geht es dabei nicht um Armutsbekämpfung, sondern um die Herstellung einer Chancengesellschaft, also setzt die Politik auf einem ganz anderen Niveau an.

Kommen wir zum *inhaltlichen Verständnis von Armut*, zu ihrer „qualitativen Seite“. Weitgehender Konsens herrscht mittlerweile sowohl in der Armutsforschung als auch im öffentlichen Diskurs, dass es grundsätzlich unangemessen ist, sich allein auf das Einkommen als Richtgröße zu beziehen, da *Armut ein mehrdimensionales Phänomen* sei und so auch in ihren unterschiedlichen Ausprägungen berücksichtigt werden müsse. Der Ausspruch „*Armut hat viele Gesichter*“ ist längst zu einem geflügelten Wort geworden. In dieser Hinsicht hat sich seit Ende der 1990er Jahre einiges getan: Wir haben *einen differenzierteren Blick auf Armut* und, wie man annehmen sollte, *auch ein tieferes Verständnis* davon. Ohne allzu sehr ins Detail zu gehen, möchte ich hier die gängigsten Sichtweisen kurz charakterisieren: Kinderarmut lässt sich als „**benachteiligte Lebenslage**“ und Einschränkung der kindlichen Handlungs- und Entwicklungsspielräume, als „**mehrfaches Entwicklungsrisiko**“ oder neuerdings – ausgehend vom Armutsverständnis der UNICEF-Kinderarmutsberichte – als **eingeschränktes „Wohlergehen“** definieren oder als „**soziale Ausgrenzung**“ betrachten. Bemerkenswert ist, dass diese Sichtweisen nicht nur als wissenschaftliche Konzepte kursieren, sondern auch Eingang in die politische Berichterstattung und Diskussion gefunden haben.

Das **Lebenslagenkonzept** wurde von der bundesrepublikanischen Armutsforschung – in Rückgriff auf eine sozialpolitisch orientierte Forschungstradition der 1920er/1930er sowie der 1950er Jahre – weiterentwickelt und von der *Kinderarmutsforschung adaptiert*. Es war lange Zeit auch konzeptioneller Bezugspunkt für die bundesrepublikanische Sozial- und Armutsberichterstattung, auch die „Armut- und Reichtumsberichte der Bundesregierungen haben sich daran orientiert. Mit Blick auf Kinderarmut werden damit unterschiedliche Aspekte berücksichtigt wie: *Ist die Grundversorgung des Kindes gewährleistet? Gibt es armutsbedingte Einschränkungen der Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten? Wirkt sich die Armutslage der Familie auf die sozialen Kontakte der Kinder aus? Wie gestaltet sich ihre Freizeit? Werden ihre Fähigkeiten und Neigungen ausreichend gefördert? Welche Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume haben diese Kinder?* Dieses Konzept liegt auch meiner eigenen Forschung (Chassè/Zander/Rasch 2003) zu Kinderarmut zu Grunde, und auch die ISS-Studie (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt) zu Kinder- und Jugendarmut, mittlerweile die einzige Langzeitstudie in der Bundesrepublik, folgt etwas abgewandelt diesem Konzept.

Für mich lässt sich dieses Konzept mit einer zentralen Feststellung aus der Resilienzforschung verbinden, der zufolge man **Armut ein zentrales Entwicklungsrisiko** für Kinder verstehen muss. In „*Armes Kind – starkes Kind?*“ habe ich diese Sichtweise zum Ausgangspunkt genommen, um auf das hohe Gefährdungspotenzial für die kindliche

Entwicklung hinzuweisen, gleichzeitig aber auch herauszuarbeiten, dass aber nicht zwangsweise Entwicklungsschäden eintreten müssen. Eine solche Sichtweise schaut nämlich auch auf die *Stärken und Potenziale dieser Kinder* und ist darauf bedacht, Kinder in ihrer „Widerstandsfähigkeit“ zu unterstützen. Also: Über welche *Schutzfaktoren* verfügt das Kind selbst oder könnten bei ihm gefördert werden, welche Schutzfaktoren sind ihm in seinem sozialen Umfeld zugänglich oder könnten ihm zugänglich gemacht werden? Allerdings darf dieses Konzept nicht missverstanden und schon gar nicht als Alibi für politische Untätigkeit missbraucht werden.

Seit Neuerem wird nun in der bundesrepublikanischen Forschung (DJI-Kinderpanel) und Berichterstattung (Hans Bertram – Unicef-Länderbericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2010) auf das „**Konzept des kindlichen Wohlergehens**“ zurückgegriffen. Armut stellt in diesem Verständnis eine Einschränkung des kindlichen Wohlbefindens dar, hat also *nicht etwa „nur“ negative Folgen für die Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven*, sondern wirkt sich auch negativ auf die kindliche *Befindlichkeit im „Hier und Jetzt“* aus. Dabei finden folgende Dimensionen Berücksichtigung: *materielles Wohlergehen, Gesundheit und verlässliche Bedingungen des Aufwachsens, Zugang zu Bildung, Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen, Verhaltens- und Entwicklungsrisiken sowie das subjektiv wahrgenommene Wohl- oder Nicht-Wohlbefinden*. Der international eingeführte Begriff des Wohlergehens darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir bei Armut objektiv betrachtet immer von *defizitären* Situationen sprechen!

Wenn wir die beiden Konzepte „*Lebenslage*“ und „*kindliches Wohlergehen*“ mit ihrer jeweils unterschiedlichen Akzentuierung als sich ergänzende Sichtweisen betrachten, dann haben wir ein sehr komplexes und der Problematik angemessenes Instrument an der Hand, um Kinderarmut in ihren vielfältigen Auswirkungen zu begreifen. Entscheidend ist, dass wir sowohl auf das *aktuelle Befinden der betroffenen Kinder* bedacht sind wie auch ihre begrenzten Zukunftschancen – *ihr armutsbedingtes Entwicklungsrisiko* – im Blick haben. Hinzu kommt – und dies ist für die politische Argumentation und Strategie der Armutsbekämpfung besonders bedeutsam: Das Konzept des kindlichen Wohlergehens ist im *Kontext der Kinderrechtsdiskussion* entstanden und begründet somit politische Armutsbekämpfung als notwendige Konsequenz von verbrieften Kinderrechten!

Nach wie vor stellt für mich Armut aber auch die extremste Form von sozialer Ungleichheit dar und birgt die Gefahr von „*sozialer Ausgrenzung*“. Soziale Ausgrenzung meint nicht nur Verweigerung von sozialen Teilhaberechten, sondern basiert auch auf gesellschaftlichen Mechanismen von einseitiger Schuldzuschreibung. „Wer arm ist, ist selbst

schuld.“ Hans Weiß hat diesen Mechanismus ausführlich analysiert: „Oftmals wird Armut als eine Folge dysfunktionalen Verhaltens der betroffenen Menschen angesehen, als Folge ihrer Probleme, den Anforderungen einer modernen Gesellschaft z.B. im Arbeitsleben gerecht zu werden. Auch die Auswirkungen von Armut auf Kinder gelten als Folge problematischen Verhaltens der Eltern. Diese seien nicht nur Schuld an ihrer eigenen prekären Lage, sondern auch an der Misere ihrer Kinder.“ (Weiß 2009, S. 3) Derartige einseitige Schuldzuweisungen, sind in Politik, Öffentlichkeit und teilweise sogar bei Fachkräften, die mit diesen Menschen arbeiten, oft nicht zu überhören. „Eine solche einseitige Schuldzuweisung diskriminiert und beschämt nicht nur die Betroffenen, sondern verdeckt die vielfältigen ökonomischen und sozialstrukturellen Bedingungen, durch die Menschen in soziale Benachteiligung und Armut geraten.“ (ebd. S.3) ...und was dies mit ihnen macht! Hier gilt es die gegenseitige Bedingtheit von Verhalten und Verhältnissen zu sehen, materielle Verhältnisse und die soziokulturelle Dimension (des Verhaltens) stehen – vor allem bei chronischer Armut – in einem engen Bezug. Dass dysfunktionale Verhaltensweisen die armutsbedingten Auswirkungen auf die Kinder verstärken können, ist unbestritten. Einseitige Schuldzuweisungen jedoch nicht die richtige Antwort.

Betrachten wir nun aber die skizzierte Weiterentwicklung des Armutsverständnisses in Forschung und sozialer Berichterstattung, so wird deutlich, dass wir inzwischen ein zunehmend differenzierteres Instrumentarium an der Hand hätten, um die Auswirkungen von Armut in ihren unterschiedlichsten Facetten zu erfassen. Gleichzeitig bringt uns die Betrachtung von **Armut in der Resilienzperspektive** ebenfalls eine Erweiterung der Sichtweise: Gilt es im Einzelfall doch nicht nur danach zu fragen, welche Risiken mit der kindlichen Armutslage verbunden sind, sondern auch *welche Potenziale und Schutzfaktoren* jeweils vorhanden sein können oder eben mobilisiert werden müssten, um den „worst case“ zu verhindern, dass nämlich ein Erleben von Armut in der Kindheit unweigerlich zu einer lebenslangen Schädigung führt. Damit sehen wir die von Armut betroffenen Kinder nicht nur in ihren Einschränkungen und Beeinträchtigungen, nicht etwa als defizitäre Wesen, die sie ja wirklich nicht sind. Vielmehr richten wir unser Augenmerk auf die trotz aller Widrigkeiten vorhandenen Potenziale der Kinder und Familien, auf ihre Fähigkeiten und Ressourcen, die als Schutzfaktoren wirksam werden können und die es zu stärken und fördern gilt. An dieser Stelle sei noch einmal betont: *Resilienzförderung ist ein sozialpädagogisches Konzept* und kommt daher im Umgang mit *einzelnen* Betroffenen zum Zuge, ist also auf der Ebene von sekundärer Armutsprävention angesiedelt. Demgegenüber liegt die politische Verantwortung

auf der Ebene primärer Armutsprävention und erfordert folglich *strukturelle sozialpolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung*. Dazu später mehr.

Zusammenfassend kann man sagen: Wir verfügen heute – im Vergleich zu 1998 – über ein *ausgefeiltes und deutlich angemesseneres Instrumentarium*, um Armut qualitativ in ihren negativen Wirkungen zu erfassen und über *ein wesentlich fundierteres empirisches Wissen über Kinderarmut* in Deutschland (siehe Studien und Berichte). Diese Erkenntnisse stehen selbstredend der Politik zur Verfügung und könnten in ein umfassendes „Armutsbekämpfungsprogramm“ einfließen – Voraussetzung wäre allerdings, dass *der politische Wille dazu auch vorhanden* ist. Sicher ist auch die Wissenschaft teilweise nur an bestimmten Erkenntnissen interessiert, legt ihr Hauptaugenmerk stärker auf die Entwicklung von theoretischen Konzepten sowie auf empirische Analysen zu Problemen und ihren Erscheinungsformen. Manchmal hat dies fast schon voyeuristischen Charakter und den Beigeschmack von pro-domo-Argumentation, wenn immer wieder betont wird, dass es weiterer Studien bedarf. Allerdings pflegen die politischen Akteure ihrerseits einen recht funktionalen und selektiven Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, selbst mit erhobenen Zahlen und Fakten, so dass Politikberatung häufig zum Alibi degradiert wird.

2. Ausmaß, Ursachen und Erscheinungsformen

Zum quantitativen Ausmaß von Kinderarmut möchte ich nur grundsätzliche Anmerkungen machen. Wiederum folge ich einer vergleichenden Perspektive. Zunächst sei ein *regierungsamtliches Dokument* zitiert, nämlich das Dossier „Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“, das 2008 vom Bundesfamilienministerium durch Frau von der Leyen veröffentlicht wurde:

“ Das Armutsrisiko (60-Prozentschwelle) von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist seit Ende der 1990er Jahre der Tendenz nach angestiegen und lag im Jahr 2006 um 4,6 Prozentpunkte über dem Niveau von 1996. Im Verhältnis ähnlich ausgeprägt verlief der Anstieg der Armutsquote gemäß der Schwelle von 50 Prozent (+ 2,4 Prozentpunkte). Im Unterschied hierzu kann bei der Betroffenheit von starker Armut (40-Prozent-Schwelle) seit 2002 ein Rückgang beobachtet werden. Das Niveau lag gleichwohl im Jahr 2006 um 0,9 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 1996. “ (Dossier 2008, S. 8)

Nun sollte die Offenheit, mit der hier regierungsamtlich zugegeben wird, dass über einen Zeitraum von zehn Jahren *Kinder- und Jugendarmut in Deutschland zugenommen* und nicht etwa abgenommen hat, nicht allzu sehr überraschen. Denn dies Zeugnis wird hier von einer CDU-FDP-geführten Regierung der rotgrünen Vorgängerin ausgestellt. Wenn es dann

jedoch darum geht, die Folgeentwicklung in Zahlen darzustellen, beginnt sofort das *taktische Spiel mit Zahlen*: So wird als Vergleichsjahr mit 2006 eines gewählt, in dem die Kinderarmutsquoten – in Folge der Umsetzung von Hartz IV – besonders hoch waren, oder man bezieht sich plötzlich auf die absoluten Zahlen zu Kinderarmut, um einen Rückgang zu verkünden, ohne hinzuzufügen, dass diese Zahlen durch den demografischen Faktor – also den zahlenmäßigen Rückgang der unter 15-Jährigen – relativiert werden. Aber selbst wenn man seit 2006 (bis Herbst 2011) einen *leichten prozentualen Rückgang* von Kindern in Familien mit SGBII-Bezug ausmachen kann (um -1,5 Prozentpunkte, siehe Zeit-online), darf nicht übersehen werden, dass dieser Rückgang *überproportional stark in reichen Bundesländern wie Baden-Württemberg und Bayern ausgefallen ist* (- 20%), während Kinderarmut in den Problemregionen weiterhin auf sehr hohem Niveau verharrt. Nach wie vor haben wir dabei auch ein mehr als bedenkliches Ost-West-Gefälle, sind die Armutsquoten in Ostdeutschland doppelt so hoch wie im Westen, und bei den Jugendlichen lebt in Westdeutschland jede/r fünfte in Armut, im Osten jede/r dritte.

Die Diskussion über die Zahlen führt uns in der Sache also nur bedingt weiter, was aber nicht heißt, dass sie unwichtig ist. Entscheidend ist letztlich, dass Kinderarmut in Deutschland – seit Ende der 1990er Jahre – unentwegt auf einem sehr hohen Niveau bleibt. Dies ist als Indiz dafür zu werten, dass die armutsverursachenden gesellschaftlichen Probleme nicht geringer geworden sind, und heißt auch, dass kaum politisch wirksame Maßnahmen ergriffen worden sind, um dem Problem beizukommen. Daher erscheint mir eine *sorgfältige Analyse der Ursachen, der betroffenen Personengruppen und der Erscheinungsformen von Armut* aufschlussreicher.

Ein Blick auf die *Hauptursachen* von Kinderarmut zeigt zum einen, dass materielle Armut nach wie vor auf *Erwerbslosigkeit, Alleinerziehen, hohe Kinderzahl im Haushalt sowie Migration und Flucht* zurückzuführen ist. Daran hat sich in all den Jahren nichts geändert, mit anderen Worten: Obwohl die Ursachenanalyse eine deutliche Problemanzeige liefert, ist es bei keiner der ausgewiesenen „Risikogruppen“ gelungen, mit politischen Maßnahmen gegenzusteuern. Wenn man nicht generell „politische Ohnmacht“ unterstellen will, muss man eindeutig schlicht *fehlende politische Bereitschaft* konstatieren, denn an guten Vorschlägen, was zu tun wäre, hat es nicht gefehlt. In den letzten Jahren ist zudem *ein weiteres armutsverursachendes Problem* hinzugekommen: Der Anteil von Kindern und Familien, die trotz Erwerbstätigkeit der Erwachsenen – ja selbst bei Vollzeiterwerbstätigkeit eines Erwachsenen – in die Armut abgerutscht sind, hat stark zugenommen. In steigendem Maße wird Kinder- und Familienarmut auch durch Niedriglöhne und unsichere, nicht existenzsichernde Beschäftigungsver-

hältnisse verursacht. Zwar versucht die Regierung mit Maßnahmen wie dem Kindergeldzuschlag zu verhindern, dass solche Familien in den Sozialgeldbezug fallen. Aber selbst wenn es so gelingt, die Statistik etwas zu beschönigen, ein *Leben knapp oberhalb der Sozialgeldschwelle* ist für die Betroffenen meist nicht minder von materieller Not gekennzeichnet.

Neben den Ursachen müsste politisches Handeln auch die *Vielfältigkeit der Erscheinungsformen und Auswirkungen von Armut* berücksichtigen, um eine möglichst wirksame Handlungsstrategie zu entwickeln. Grundsätzlich sollte dabei unterschieden werden, dass wir es mit zwei verschiedenen Armutsformen zu tun haben, einer sogenannten „alten Armut“ und einer „neuen Armut“. Mit „alter Armut“ ist Langzeitarmut gemeint, dauerhafte Armut von Familien, die sich zudem von einer Generation auf die nächste übertragen kann. Das sind Familien, in denen nicht nur materielle Not herrscht, sondern auch nur begrenzte kulturelle und soziale Ressourcen vorhanden sind. Eltern haben dort meist wenige Möglichkeiten, ihre Kinder bei der Bewältigung der Armutslage zu unterstützen und auf deren Bedürfnisse einzugehen, weil sie selbst durch die anhaltende Notlage – und meist durch eine Häufung von Problemen – überfordert sind oder längst resigniert haben. In solchen sichtbar von dauerhafter Armut geprägten Milieus verflüchtigen sich für die Erwachsenen die Ausstiegsperspektiven, sind die Kinder in ihren Entwicklungsmöglichkeiten spürbar eingeschränkt.

Demgegenüber sprechen wir von „neuer Armut“, wenn die familiäre Notlage zunächst zeitlich begrenzt erscheint, etwa bei vorübergehender Erwerbslosigkeit, wo Armut sich eher versteckt zeigt. In der Regel sind hier noch familiäre Ressourcen vorhanden – so etwa Bildung und soziale Netzwerke –, erfahren die Kinder beim Umgang mit materieller Knappheit elterliche Unterstützung und besteht für Kinder wie Eltern Hoffnung auf eine baldige Ausstiegsperspektive. Allerdings droht auch hier womöglich die Gefahr sozialen Abstiegs.

Mit Blick auf diese „neuen Armutsformen“ wurde in den 1990er Jahren von einer Bremer Armutsforschergruppe immer wieder die sozialstrukturelle Entgrenzung von Armut betont, da nicht mehr nur die traditionell bekannten Risikogruppen von Armut betroffen seien, sondern das Armutsrisiko bis weit in die Mittelschichten hineingreife, also auch räumlich nicht mehr auf kommunale „soziale Brennpunkte“ begrenzt auftrete, vielmehr in fast allen Stadtteilen laiere. Wenn nun neuerdings Groh-Samberg und Grundmann in ihren Studien vor allem den klassen- und migrationsspezifischen Charakter von Armut herausarbeiten, weil ihnen zufolge „56% aller armen Kinder in einfachen Arbeiterhaushalten und weitere 24% in Facharbeiterhaushalten“ leben, und dies noch verstärkt für „die eingewanderten Arbeiterfamilien“ gelte, widerspricht dies m.E. keineswegs dieser Erkenntnis. Allerdings dürfen wir neben dieser sozialstrukturellen und ethnischen Polarisierung nicht eine weitere Polarisierung

zwischen Haushaltsformen (mit und ohne Kinder) sowie zwischen Familienformen (alleinerziehend versus Zweielternfamilien) übersehen.

Diese Unterscheidung zwischen „alter“ und „neuer Armut“ ist mir wichtig, weil sie gerade für *Handlungskonzepte der Sozialen Arbeit* so bedeutsam ist. Soziale Arbeit hat ja in ihrer Praxis bisher vorwiegend mit jenen Familien zu tun, die man in die „Kategorie“ (Entschuldigung für den Ausdruck) der „alten Armut“ einordnen würde. Aber längst schon sollten die Profession und ihre Arbeitgeber auch die wesentlich umfangreichere *Gruppe der „neuen Armen“* im Blick haben. Eine Anforderung, die sich gerade auch an die Kinder- und Jugendhilfe auf kommunaler Ebene bei der Planung und Etablierung ihrer Maßnahmen und Angebote stellt! *Kommunale Armutsbekämpfung und zielgerichtete Präventionsmaßnahmen* dürfen sich nicht auf die traditionell bekannten Sorgen-Stadtteile beschränken, vielmehr erfordert die sozial-strukturelle Entgrenzung von Armut eine Ausweitung auf alle Stadtteile sowie *passgenauere Konzepte auch mit Blick auf die neuen Armutsformen*.

Für die Konzeption von *Handlungsstrategien der Politik* wie auch *der sozialen Arbeit* erscheint mir desweiteren eine Differenzierung hilfreich, wie sie von der Kinderarmutsstudie der Caritas-Baden-Württemberg (2009) – in Anlehnung an den dritten Armuts- und Reichtumsbericht (2008) – vorgenommen wird. Die Studie kommt grundsätzlich zu dem Ergebnis, dass Kinder in einkommensarmen Familien einen erheblichen *Mangel an Entwicklungs- und Teilhabechancen* erleiden, differenziert nach drei Kategorien, „akuter Armutsgefährdung“, „manifeste Armut“ und „extreme Armut“.

„Akute Armutsgefährdung“ sieht sie bei Familien im ALGII-Bezug oder mit einem Einkommen auf diesem Niveau, staatliche Transfers wie etwa Kindergeld eingeschlossen. In diesen Familien kann der tägliche Bedarf nur mit größter Mühe gedeckt werden und „*birgt die finanzielle Lage die Gefahr, dass Kinder in ihrer Entwicklung einen fundamentalen Mangel erleiden, aber nicht zwangsläufig erleiden müssen*“ (Caritas 2009, S. 2). Bei akuter Armutsgefährdung ist dieser Studie zufolge eine *Dynamik in zwei Richtungen denkbar*: Sofern soziale Netze, soziale Integration und Kompensationsleistungen durch Eltern und Erwachsene – also „externe Schutzfaktoren“ für die Kinder – gegeben sind, müssen nicht zwangsläufig Entwicklungsschäden eintreten. Wenn jedoch solche Faktoren nicht vorhanden sind, kann Einkommensarmut problematische Folgen für die Entwicklung der Kinder haben. Dazu eine Bemerkung in Klammern: Selbst bei entschiedener Skandalisierung von Armut und Kinderarmut in diesem Land, sollten wir damit umgehen, dass Armut nicht zwangsläufig ein Entwicklungsrisiko darstellen muss. Dies ist wichtig, um differenzierter hinschauen zu können, soziale Hilfen passgenauer zu konzipieren und zu leisten. Wir müssen uns fragen,

was brauchen diese Kinder und Familien, wo und in welcher Weise ist hier die Soziale Arbeit gefordert, wenn die Politik schon versagt!

Eine negative Steigerungsform stellt das Phänomen der „*extremen Armut*“ dar, welches in der Studie damit charakterisiert wird, „*dass zusätzliche soziale und wirtschaftliche Probleme die Situation der Familien verschärfen (z.B. Überschuldung, Drogenabhängigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, psychische Erkrankungen, Misshandlung und Gewalt...*“ (Caritas 2009, S.2). In diesen Fällen sind physische und psychische Folgen bei den Kindern bereits eingetreten und ist das *Kindeswohl bereits akut gefährdet*. Diese Kinder und Familien stehen am äußersten Rand der Gesellschaft und sind weitgehend von Teilhabe- und Entwicklungschancen abgeschnitten.

Völlig in die soziale Ausgrenzung führt die „*manifeste Armut*“, welche zur Folge hat, „*dass sich permanente finanzielle Mangelsituationen und Unterversorgung negativ auf die Lebenswelt der Kinder auswirken, wenig bzw. keine Ressourcen vorhanden und infolgedessen die Kinder in ihrer Entwicklung und Teilhabe wesentlich beeinträchtigt sind.*“ (Caritas 2009, S. 2). Während die Gruppe der „*extrem Armen*“ noch am Rande der Gesellschaft steht, ist diese Gruppe bereits gesellschaftlich ausgeschlossen, Durchlässigkeit zu anderen gesellschaftlichen Gruppen kaum noch gegeben und führt Armut zu dauerhafter Stigmatisierung.

Hier noch ein paar Schlaglichter als akute Problemanzeige: In der Regel wird mit Blick auf Kinderarmut in Deutschland betont, dass wir es mit relativer Armut zu tun haben. Dabei wird leicht übersehen, dass es auch Gruppen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gibt, die unterhalb des politisch durch Grundsicherung und Sozialhilfe zugestandenen Existenzminimums leben und deren Grundbedürfnisse erheblich beschnitten sind. Ich denke dabei an die Zunahme wohnungsloser Menschen, insbesondere auch wohnungsloser junger Menschen. So hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in einem Pressegespräch Ende 2011 vor einer drastischen Verschlechterung in den nächsten Jahren gewarnt. Außen vor bleibt auch häufig die Gruppe der Flüchtlinge, insbesondere der geduldeten Flüchtlinge, die abgesenkte Leistungen der Sozialhilfe bekommen, in Sammelunterkünften leben und deren Gesundheitsversorgung auf das Mindestmaß akuter Behandlung eingeschränkt ist. Und noch eine Gruppe wird häufig übersehen und soll daher explizit erwähnt werden: Überproportional von Armut betroffen sind auch jene Kinder, die ein besonderes Entwicklungsrisiko aufweisen, also Kinder und Familien für die die Dienste und Angebote der Frühförderung gedacht sind.

Als weiteres Problem erscheint mir, dass sowohl in der sozialen Berichterstattung wie auch in der Fachdiskussion Kinder- und Jugendarmut in einem Atemzug erwähnt werden, was

dazu führt, dass Jugendarmut nicht differenziert in ihren spezifischen Auswirkungen und Folgen betrachtet wird. Das kommt sicherlich daher, dass in der Statistik Altersgruppen zusammengefasst werden, so wird in der Regel die Armutsbetroffenheit oder Armutsgefährdung der unter 15- oder unter 18 Jährigen ausgewiesen. Problemanalyse und Handlungsperspektiven müssten wir aber für Kinder und Jugendliche getrennt behandeln!

Mein Fazit: Wir haben es heute mit negativen Steigerungsformen von Armut zu tun. Es wäre jedoch fahrlässig, die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Armutstypen als Entwarnung zu begreifen: In jedem Fall ist von einer kindlichen Entwicklungsgefährdung auszugehen, die Frage ist nur, ob und wie weitgehend sie schon eingetreten und fortgeschritten ist. Ebenso sind Einschränkungen des kindlichen Wohlergehens in allen Fällen gegeben, die Frage ist nur, was getan werden kann und muss, damit nicht zwangsläufig eine langfristige Entwicklungsschädigung die Folge ist. Wenn wir Armut in einem reichen Land als extreme Form sozialer Ungleichheit betrachten, sollte Politik die Rede von „Sozialer Gerechtigkeit“ so lange bleiben lassen, bis sie nachweisen kann, dass sie Armut und insbesondere Kinderarmut wirksam bekämpft.

3. Politische Konzepte zur Armutsbekämpfung und Rolle der Sozialen Arbeit

Warum fehlt – trotz aller in politischen Sonntagsreden an den Tag gelegten Polit-rhetorik – letztlich doch die Entschlossenheit, Armutsbekämpfung als Herausforderung mit unmissverständlicher Priorität anzunehmen? Ist nur die Politik unentschlossen oder auch die Gesellschaft? Würde man dieser Aufgabe tatsächlich politische Priorität einräumen, wären alle politischen Ebenen gleichermaßen gefordert – Bund, Länder und Kommunen müssten an einem Strang ziehen –, und der Zug müsste von einer solidarischen Zivilgesellschaft ausgehen. Was wir brauchen, ist ein gesellschaftlicher Konsens, der Armutsbekämpfung auf allen Ebenen *Priorität* einräumt, auch wenn dafür andere Interessen *zurückgestellt* werden müssten!

Stattdessen erleben wir auf Bundesebene ein Drama nach dem anderen, wenn es darum geht, die Regelsätze für Kinder angemessen auszugestalten oder Kinderrechte in der Verfassung zu verankern; die Forderung nach einer Kindergrundsicherung, wie sie ein Bündnis politischer Akteure erhebt, wird von der Regierungsmehrheit wohl erst gar nicht ernst genommen. Vielmehr rühmt man sich – so das statistische Bundesamt –, dass die Armutsgefährdung in Deutschland mit 15,6%, wohlgernekt geringfügig, nämlich um 0,8 %, unterhalb des EU-Durchschnitts liege, wozu mittlerweile 28 Staaten zählen! Und auf Landesebene – zumal auch hier in Sachsen – werden als Antwort auf die anhaltende Problematik hoher Kinder- und Jugendarmut Maßnahmen und Angebote der Kinder- und

Jugendhilfe gekürzt, was nicht ohne Folgen für die kommunalen Spielräume dringend erforderlicher Armutsprävention bleiben kann und Lebenswelt wie Alltagsrealität von Kindern direkt trifft!

Lassen Sie mich noch etwas zur *Rolle der Sozialen Arbeit* sagen, ehe ich abschließend grundsätzliche Forderungen an die Politik formuliere. Natürlich ist Kinderarmut nicht nur eine Aufgabe für die Politik, sondern auch für die Soziale Arbeit, besonders die Kinder- und Jugendarbeit. Weil ich ja für die Soziale Arbeit ausgebildet habe, ist mir das natürlich ein besonderes Anliegen.

Wenn wir nach der Rolle der sozialen Arbeit im Armutskontext fragen, sollten wir uns noch einmal die Differenzierung der aktuellen Erscheinungsformen von Armut und Kinderarmut vor Augen führen. Bislang gilt das Hauptaugenmerk der Sozialen Arbeit jenem Armutstypus, den wir als *Langzeit- oder „alte Armut“* oder auch *„sozial vererbte Armut“* bezeichnen. Wir denken dabei vorwiegend an die „sozialen Brennpunkten“ der Städte und an Familien, die in der Regel dem Jugendamt über Jahre hinweg bekannt sind und häufig vom Allgemeinen Sozialen Dienst – von der Sozialpädagogischen Familienhilfe – betreut werden. Wie wir gesehen haben, ist das mittlerweile nur eine Form von Armut, nämlich der eher sichtbare und wahrgenommene „harte Kern“, mit dem Kinder- und Jugendhilfe schon immer befasst war.

Aktuell hat die Kinderarmutsproblematik in der bundesrepublikanischen Gesellschaft jedoch *neue quantitative und qualitative Dimensionen* angenommen. Hatten wir bereits seit den 1980er Jahren einen kontinuierlich ansteigenden Trend zu beklagen, so hat die materielle Verarmung mit der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze noch weitere Kreise gezogen. Wir sprechen damit von Verarmungsprozessen, die in den Familien – systemisch betrachtet – nicht nur materielle Knappheit, sondern auch spezifische psychosoziale Prozesse und Rollenverschiebungen auslösen können. Dass solche Familien eher bestrebt sind, nach außen „Normalität“ zu wahren, und Armut so weniger offenkundig zutage tritt, habe ich schon angedeutet. In dieses Bestreben werden auch die Kinder eingebunden, Kinder entwickeln auf Grund der gesellschaftlich negativen Konnotation von Armut ohnehin auch selbst derartige Bewältigungsmuster. Kurz und gut (oder schlecht): Wir haben es mit spezifischen Ausprägungen von Dauer und Art der Betroffenheit von Armut zu tun, mit einem anderen Spektrum von Bewältigungsmustern, die auch neue Antworten der Pädagogik und der Sozialen Arbeit erfordern.

Vor dem Hintergrund sich abzeichnender gesellschaftlicher Polarisierungsprozesse, muss die Soziale Arbeit ihre Rolle und Möglichkeiten neu überdenken und Konzepte

entwickeln, wie sie den *neuen Armutsformen* begegnen kann. Das heißt, zusätzlich auch Angebote in anderen Stadtteilen, in Schulen, Horten und in der Kinder- und Jugendarbeit zu machen, die der Problematik von neuen Verarmungsprozessen, der eher „unsichtbaren Armut“, gerecht werden. Aber konzeptionelles Umdenken allein reicht nicht, gefordert ist auch *politisches Engagement und politisches Handeln*, weil die Politik auf kommunaler Ebene erst die finanziellen Rahmenbedingungen bereit stellen und eine entsprechende sozialpädagogische Infrastruktur fördern müsste.

Der Sozialen Arbeit kommt dabei die Aufgabe zu, die Kinder und ihre Familien bei der Bewältigung ihrer Lebenslage zu unterstützen, einen Ausgleich für ihren eingeschränkten Zugang zu materiellen wie immateriellen Ressourcen herzustellen, also *kompensierend* zu agieren. Man kann hier an nicht-stigmatisierende Angebote für die Grundversorgung von Kindern denken wie etwa ein warmes Mittagessen in Ganztagschulen und in offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Vor allem aber müssen solche Angebote aber diesen Kindern Zugang zu Ressourcen ermöglichen, die sie bei ihrer altersgemäßen Bewältigung von Entwicklungsaufgaben unterstützen und fördern. Ich nenne nur einige wesentliche Aspekte: Kinder in Armutslagen sind eingeschränkt gegenüber anderen Kindern in der Ausbildung ihrer Fähigkeiten und Neigungen, in ihrer räumlichen Mobilität und ihrem Aktionsradius, ihren Erholungsmöglichkeiten und häufig auch in ihren sozialen Kontakten zu Gleichaltrigen. Selbstredend kommt hier auch der *Schule eine zentrale Rolle* zu, die neben ihrem Bildungsauftrag auch sozialpädagogische Aufgaben wahrnehmen könnte. Da Schule per se keine „sozialpädagogische Veranstaltung“ ist, wird dies angesichts der sich verschärfenden Bildungskonkurrenz nur in enger *Kooperation zwischen Schule und Sozialer Arbeit* zu leisten sein. Soziale Arbeit müsste also wesentlich stärker als bisher als *Schulsozialarbeit* vertreten sein, vor allem an Ganztagschulen. Die räumliche Verankerung solcher Angebote dürfte sich eben nicht auf ausgeprägt sozial benachteiligte Stadtteile beschränken. Hier gilt: Wenn es nicht gelingt, Armut als solche mit politischen und gesellschaftlichen Konzepten zu vermeiden, wird die sozialpädagogische „Bearbeitung“ der Folgen erhebliche finanzielle Mittel erfordern, abgesehen von den individuellen „Kosten“, die sie den betroffenen Kindern und Familien abverlangt.

Aber selbst wenn entsprechende Projekte unter dem Label von „Armutsprävention“ landauf, landab initiiert würden, so kann Soziale Arbeit mit pädagogischer Arbeit natürlich die „Armutslage selbst“ nicht beseitigen. Auch wenn es ihr gelingt, die Eltern einzubeziehen, kann sie nur begrenzt Unterstützung anbieten, die zu einem tatsächlichen Ausstieg aus der Armutslage führen. Es gibt mittlerweile eine Reihe von Praxisprojekten, die sich die

Bearbeitung der Armutfolgen für Kinder zur Aufgabe gemacht haben, und die sie hier für Sachsen möglicherweise besser kennen als ich (vgl. Gintzel u.a.). Bundesweit als beispielhaft wird hierfür in der Regel die „Armutspräventionskette“ genannt, wie sie in der Gemeinde Monheim am Rhein in jahrelanger Netzwerkarbeit aufgebaut wurde. Einige Kommunen lassen sich mittlerweile auch wie Monheim vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Frankfurt a.M.) beraten, welches seit Jahren nicht nur mit einer Langzeitstudie zu Kinderarmut in der Forschung engagiert ist, sondern über umfangreiche Erfahrung in Beratungsarbeit verfügt.

Ich möchte daher nur exemplarisch zwei Modellprojekte in Saarbrücken erwähnen, die ich über einen Zeitraum von drei Jahren fachlich begleitet habe und deren Arbeitsweise und Erfahrungen mir aus eigener Anschauung vertraut sind. Allerdings handelt es sich dabei um Projekte, die in zwei Stadtteilen angesiedelt sind – Malstatt und Altsaarbrücken –, die als traditionell benachteiligte Stadtteile gelten. Beide Projekte gingen von einem multi-dimensionalen Armutsverständnis aus und betrachteten Armut als eine Lebenslage, die vielfältige – einschränkende und benachteiligende – Auswirkungen bei den betroffenen Kindern und Familien haben kann. Diese Sichtweise wird jedoch gekoppelt mit einem ressourcen- und resilienzorientierten Ansatz, der den Blick auf die Potentiale und Fähigkeiten der Kinder hin öffnet und auf außerfamiliär gegebene Fördermöglichkeiten lenkt. Aufgrund ihrer sozialräumlichen Verortung hatten es die beiden Projekte vorwiegend mit Erscheinungsformen von sogenannter „alter Armut“ zu tun, bei welcher es vor allem den „Teufelskreis der Armut“ und sozialen Benachteiligung zu durchbrechen gilt. Darum liegt es nahe, das Hauptaugenmerk auf die Bildungschancen der Kinder (im weitesten Sinne) zu legen und ganzheitlich ihre Widerstandsfähigkeit zu fördern, mithin ihre Fähigkeit, sich „trotz widriger Umstände“ altersgemäß zu entwickeln und sich in ihrem Kinderalltag wohl zu fühlen.

Entsprechend der Grundidee, dass Resilienzförderung immer auf drei Ebenen erfolgen soll – wie es ja auch allgemeinen Grundsätzen in der Sozialpädagogik entspricht –, sind die Projektaktivitäten jeweils auf diesen angesiedelt:

- Erstens: die direkte sozialpädagogische Arbeit mit Kindern, um deren Handlungs- und Entwicklungsspielräume zu erweitern und ihre Resilienzfähigkeit zu unterstützen.
- Zweitens: die explizite Einbeziehung der Eltern und Familien der Kinder, um deren Erziehungs- und Beziehungsfähigkeit (z.B.: durch Elternkurse) besonders zu fördern.
- Drittens: eine stadtteilbezogene Vernetzungsarbeit, die sich an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder im Stadtteil orientiert.

Inhaltlich geht es um die Förderung von unterschiedlichen Resilienzbereichen wie: die Förderung von Bildungsmöglichkeiten (sowohl schulischer wie auch informeller Bildungsmöglichkeiten), von Gleichaltrigenbeziehungen (Spielkameradschaften und Freundschaften), von Interessen und Neigungen (und damit auch des Selbstwertgefühls), generell von sozialen Kompetenzen, um die Vermittlung von Werten und um ein Angebot von sicherer Bindung für solche Kinder, die hier Mangel leiden, auch wenn dies im gegebenen Setting nur begrenzt möglich sein dürfte. Wichtig ist, dass ein „optimales Ergebnis“ nur erzielt werden kann, wenn eine Förderung der Kinder auf allen drei Ebenen angestrebt wird, wenn also neben der Einzelfallarbeit auch die Verknüpfung mit einer Förderung auf den anderen Ebenen möglich ist.

Ist – so gesehen – Soziale Arbeit für die lebensweltlichen Aspekte zuständig und Politik für die strukturellen Aspekte? Im Prinzip ja, wobei die Verantwortung von Politik schon auf unterschiedlichen Ebenen liegt. Die Zuständigkeit für objektiv strukturelle Rahmenbedingungen liegt in erster Linie bei der Politik auf Bundesebene, die Kinder- und Familienarmut mit sozialpolitischen Konzepten zu verhindern hätte. Auf kommunaler Ebene kann Sozialpolitik lediglich durch infrastrukturelle Maßnahmen einen Beitrag zur besseren Bewältigung von Armutsfolgen leisten. Soziale Arbeit ist ihrerseits in die kommunale Sozialpolitik eingebunden und operiert auf der Ebene von Lebenswelt. Ihr professionelles Selbstverständnis definiert freilich ihre eigene Rolle bei der Armutsbewältigung, auch wenn sie dabei einen politischen Auftrag braucht und auf öffentliche Finanzierung angewiesen ist.

Sicherlich ist in dieser vorgegebenen Aufgabenteilung die Gefahr gegeben, dass die sozialpädagogische Profession von der Politik „benutzt“ oder besser: politisch in Dienst gestellt wird. Das Problem ist alt. Weil sich Armutsfolgen durch Stärkung der Individuen mildern lassen, wird so der Politik immer auch ein Vorwand geliefert, sich aus der grundsätzlichen Verantwortung herauszuschleichen! Und hier müsste die Profession selbst aktiv werden und ihren Missbrauch laut anprangern, dabei auf ihren begrenzten Wirkungskreis verweisen und damit verhindern, dass Armut und ihre Bewältigung allein dem Individuum angelastet wird; denn solche Zuschreibung erweist sich längst als effektive Strategie von Politik, ihre eigene Verantwortung durch Individualisierung eigentlich gesellschaftlicher Probleme zu verleugnen.

In den letzten Jahren – ja eigentlich seit wir eine öffentliche Diskussion über Armut führen – haben sich die *Wohlfahrtsverbände* auf den verschiedenen Ebenen von Politik – von der kommunalen bis zur europäischen – daran beteiligt und die Armutsproblematik wiederholt auf die politische Agenda gesetzt. Ich erwähne nur einige Beispiele: Die Wohlfahrtsverbände

waren an der Gründung der Nationalen Armutskonferenz beteiligt, in der sie mit Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften und anderen zusammenarbeiten und politischen Einfluss zu nehmen versuchen. Sie haben die Armutsberichterstattung Ende der 1980er/Beginn der 1990er Jahre mit initiiert und waren auch in die regierungsamtliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung eingebunden. Ebenso haben sie sich an der von der EU angestoßenen Erstellung von Nationalen Aktionsplänen gegen Armut und soziale Ausgrenzung beteiligt. Was mir zu fehlen scheint, ist eine wirkungsvolle *Fokussierung der politischen Aktivitäten auf die Armutsproblematik und eine größere Konfliktbereitschaft gegenüber der Politik.*

Sicherlich sieht Soziale Arbeit, konfrontiert mit Armut, tagtäglich ihre Grenzen. Grundsätzlich wird die Frage wohl auch in den Berufsverbänden diskutiert, jedenfalls betonen offizielle Verlautbarungen (siehe: Selbstdarstellung des DBSH) die Notwendigkeit, die „Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Arbeit öffentlich zu benennen“, um so zu einer Klärung von Verantwortlichkeiten zwischen Profession und Politik beizutragen. Tatsächlich dürfte sich Soziale Arbeit im Alltagsgeschäft – nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Ökonomisierungsprozessen und entsprechendem Legitimationsdruck – eher scheuen, diese Grenzen in politischen Aushandlungsprozessen, beim Zuschnitt von Zuständigkeiten, deutlich zu markieren.

Wer die **gesamtgesellschaftliche Verantwortung** trägt, liegt auf der Hand, wenn wir uns die vorgetragene **Ursachenanalyse** in Erinnerung rufen – und nur so ließe sich das Übel bei den Wurzeln packen!

Wollte man also **primäre Armutsbekämpfung** betreiben, müsste man bei diesen Ursachen ansetzen und entsprechende Maßnahmen einleiten. Gefordert sind hier Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Ausbildungspolitik sowie die Familienpolitik, eingeschlossen die Bereitstellung von Ganztagschulen und von bedarfsgerechter öffentlicher Kinderbetreuung. All das ist bekannt und muss hier nicht detailliert unterbreiten werden. Bekannt ist auch, dass der Bundesrepublik auf internationaler Ebene immer wieder und zuletzt im Mai 2012 *nur ein Mittelmaß an Effektivität* bei der Kinderarmutsbekämpfung bescheinigt wird (Platz 15 bei 28 berücksichtigten Staaten, laut Pressemitteilung von UNICEF, Vergleichsstudie 2012).

Aber wenn es schon nicht gelingt, diese Ursachen zu bekämpfen, dann wäre es ein Gebot des verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaates, zumindest die **Folgewirkungen** bei denjenigen zu lindern, die in den Sog dieser Armutsfalle(n) geraten sind. Hier wäre für mich eine **Grundsicherungspolitik** angesiedelt, die ihren Namen auch verdient. Ich verfolge diese Diskussion nun schon seit Mitte der 1980er Jahre, als der öffentliche Streit darum ging, was in

den Warenkorb eines Sozialhilfehaushalts gehört und was nicht. Aktuell sind es die unzureichenden Regelsätze – vor allem die zu schmalen Kinderregelsätze –, und selbst die Intervention des Bundesverfassungsgerichts hat allenfalls symbolischen Erfolg, wenn sie sich lediglich in einem Plus von wenigen Euro pro Monat niederschlägt. Ich finde die Art und Weise, wie hierzulande Niveaudiskussionen geführt werden, mehr als beschämend. Wen wundert es da, wenn der eingangs zitierte Kinderbericht (2010) feststellt, dass es heute Transferleistungsbezieher/innen schlechter geht als vor 20 oder 30 Jahren!

Da Armut aber nicht eindimensional finanziell zu sehen ist, müssen auch **Armutsbekämpfungsstrategien auf unterschiedlichen Ebenen und mit Blick auf die diversen Dimensionen und Erscheinungsformen** ansetzen. Das zielt auf die Bekämpfung von *Folgewirkungen*, also auf **sekundäre Präventionsmaßnahmen**. Auch nicht neu, nämlich längst Empfehlung von praktisch allen Kinderarmutsstudien. Die bekannte Mehrdimensionalität von Armutsfolgen – wie sie übrigens regierungsamtliche Berichte auch anerkennen – zeigt gerade den präventiven Handlungsbedarf *auf kommunaler und Landesebene*. Hier gilt es mit allen Kräften der armutsbedingten Beschneidung von Kinderrechten entgegen zu wirken! Neben der finanziellen Absicherung sind konkrete Maßnahmen gefordert, um Kindern in Armut Zugang zu gesunder Ernährung, angemessener Bildung, ausreichender gesundheitlicher Versorgung, bereichernder Freizeit, zu sozialen Kontakten und partizipativer Lebensgestaltung zu ermöglichen. Ich habe dies wohlweislich abstrakt formuliert, um alle Dimensionen des Handlungsbedarfs zumindest zu benennen; konkretere Forderungen werden sicherlich noch im Laufe der Tagung vorgetragen und diskutiert.

Um ein in sich stimmiges Szenario herauszugreifen, nehme ich den schon zitierten **World Vision Kinderbericht (2010)** in die Hand, der den politischen Handlungsbedarf entlang der für Kinder wichtigen Lebenswelten formuliert hat, also Familie, soziales Umfeld, Freizeit- und Bildungsinstitutionen. Ein gleicher „Basisstandard an subjektivem und objektivem Wohlbefinden“ wäre dabei das Ziel. Man muss das ja nicht gleich eine glückliche Kindheit nennen, aber ein gutes Kinderleben sollte schon herauskommen.

Dazu einige Leitgedanken:

- Eine Gesamtstrategie bedarf zunächst angesichts offener Widerstände, das Thema endlich konsequent anzugehen, *strategischer Vorarbeit*. Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Kinderrechtsinitiativen, DKSB, Gewerkschaften – auch die Arbeitgeber dürfen sich gerne anschließen – müssen sich *zusammen tun* und das Thema in Öffentlichkeit und Medien *konsequent präsent* halten, erst recht vor Wahlen.

- Jetzt praktische Punkte: Als erstes eine wirklich kindergerechte, am tatsächlichen Bedarf von Kindern orientierte *Grundsicherung*.
- Allein die *materiellen Ressourcen von Familien zu stärken*, reicht nicht, wenn nicht in erster Linie auf das Wohl der *Kinder* gezielt wird. Also: *Transferleistungen an Eltern* durch *Direktleistungen an Kinder* ergänzen! Nur dann erreichen Kinder aus benachteiligten Familien wirklich eine bessere Lebensqualität.
- *Das gesamte Bildungswesen* müsste (mit all seinen kinderbezogenen Einrichtungen) ganz anders darauf ausgerichtet sein, soziale Ungleichheiten zu kompensieren und Kinder aus sozial benachteiligten Milieus bewusst zu fördern. Eine Ganztagschule etwa hilft tendenziell Kindern in Armut, eingeschlossen ein kostenloses warmes Mittagessen und Lernmittelfreit. Auch ein beitragsfreier Zugang zu Kindertageseinrichtungen. Das Projekt der „Bildungsgutscheine“ müsste zumindest nachgebessert werden, gerade auch durch ein „Initiativrecht“ für die Kinder selbst.
- *Mehr Bildungsgeld für die Kleinen!* Nirgendwo wirkt es besser als bei den unter 6-Jährigen, wie neuere Studien zeigen; denn in dieser Phase werden entscheidende Weichen für die spätere Entwicklung gestellt. Nicht zu vergessen das Stichwort *„frühe Hilfen“!*
- *Wirtschaftlich gesicherte Lebensbedingungen*, für Kinder in Armut zentral! Sie benötigen aber auch *„ein gedeihliches soziales Umfeld“* – getreu der afrikanischen Weisheit: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen – besonders jene aus sozial benachteiligten Milieus.
- Für die Förderung individueller kindlicher Potenziale spielt die *Freizeitpolitik eine wichtige Rolle*. Sie müsste viel stärker auf das benachteiligte Fünftel von Kindern ausgerichtet sein, weil gerade sie auf außerfamiliäre Anregungen besonders angewiesen sind.
- Da Armut für Kinder ein bedrohliches Entwicklungsrisiko darstellt, gehört zu den sozialpädagogischen präventiven Maßnahmen auch *Resilienzförderung*: Weil sie zumindest einzelnen Kindern helfen kann, ihre schwierige Lebenssituation besser zu meistern als zu erwarten wäre. Vergessen wir nicht, dass *arme Kinder auch starke Kinder* sein können – wenn ihnen geholfen wird, diese ihnen innewohnenden Stärken auch zu entfalten.

- Soziale Ungleichheiten ließen sich zudem wirkungsvoller abbauen, wenn finanzielle *Zuwendungen gezielter an Initiativen* gingen, die benachteiligte Kinder vor Ort *direkt* fördern, auch durch Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe.

Dies eine Vision, wie man dem Missstand „ungleicher Kindheiten“ auf den Leib rücken könnte. Denn – Sie werden mir sicherlich beipflichten – *eine Wohlstandsgesellschaft, die Kinderarmut zulässt, ist die ungerechteste aller denkbaren Gesellschaften!*

Gerade in diesen Räumen möchte ich damit schließen, dass eine solche Strategie nicht einfach damit begründet werden darf, sie rechne sich gesamtgesellschaftlich. Das mag zwar sogar der Fall sein, aber *Ökonomie ist keine Letztbegründung*. Die Kirchen, das ganze abendländische Ethos mit seinen christlichen wie humanistischen Wurzeln und seiner menschenrechtlichen Konsequenz, auch das Grundgesetz als Grundlage unserer sozialstaatlichen Verfassung *wissen und gebieten* das. Wir reden eigentlich von schleichend verloren gegangenen *Selbstverständlichkeiten*. Die Bekämpfung von Kinderarmut gehört in die Mitte der Gesellschaft. Wir sollten uns gemeinsam Gedanken darüber machen, warum unser Sozialstaat in seiner gegenwärtigen Ausprägung hier versagt hat, und wie ein gesellschaftlicher Konsens belebt werden könnte, der ihn hin zur Erfüllung seiner ureigensten Aufgabe trägt. Erst dann würde er allen Kindern gerecht, denn sie *alle* gehören doch zu uns.

Kontakt:
Prof. Dr. Margherita Zander
FH Münster, FB 10
Hüfferstr. 27
48149 Münster
E-Mail: mzander@fh-muenster.de

Priv.: Altenhafen 8
25541 Brunsbüttel
04852-5391963